

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 3722

[C — 2003/33060]

4. FEBRUAR 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Ausführung des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch das Dekret vom 3. Februar 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 30. Februar 2003;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. Februar 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1 ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002, das seit dem 1. Januar 2002 wirksam ist, durch das Programmdekret vom 3. Februar 2003 abgeändert wurde; dass diese Abänderungen rückwirkend u.a. die Modalitäten der alternativen Finanzierung und insbesondere die Gewährung der Garantie der Gemeinschaft betreffen und dass in bezug auf für das Jahr 2003 im Infrastrukturplan vorgesehene Vorhaben bereits Anträge auf alternative Finanzierung und auf die Gewährung der Garantie vorliegen, die diesen neuen dekretalen Bestimmungen unterliegen, duldet die Verabschiedung und Bekanntmachung der Ausführungsbestimmungen des abgeänderten Infrastrukturdekretes keinen Aufschub;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport, des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus und des Ministers für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,

Nach Beratung

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Zielsetzung

Artikel 1 - Vorliegender Erlass legt die Ausführungsbestimmungen zum Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002 fest.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002;
2. Infrastrukturvorhaben: die in Artikel 2 des Dekretes definierten Infrastrukturvorhaben;
3. Infrastrukturplan: der in Artikel 8 des Dekretes erwähnte Infrastrukturplan;
4. Anmeldung: die in Artikel 19 des Dekretes erwähnte Anmeldung von Infrastrukturvorhaben;
5. Antrag auf Bezuschussung: der in den Artikel 21 oder 24 des Dekretes erwähnte Antrag auf Bezuschussung von Infrastrukturvorhaben;
6. Zusage: die in den Artikeln 21 § 2 oder 24 § 2 des Dekretes erwähnte Zusage für einen maximalen Zuschussbetrag;
7. Garantie: die in Artikel 27 des Dekretes erwähnte Garantie der Gemeinschaft für Infrastrukturvorhaben.

KAPITEL II — *Modalitäten für die Bezuschussung von Alternativ Finanzierten Projekten*

Beantragung

Art. 3 - § 1. Das in Artikel 3 des Dekretes erwähnte Einverständnis der Regierung in bezug auf eine alternative Finanzierung ist mit der Anmeldung des Infrastrukturvorhabens zu beantragen.

Der in Artikel 19, § 1, 6. des Dekretes erwähnte Grundriss des Finanzplanes enthält in diesem Fall die Begründung der gewählten Finanzierung, Angaben über die Art der geplanten Finanzierung, deren voraussichtliche Kosten, Laufzeit und über die Absicherung der Rückzahlung.

§ 2. Bei der Aufnahme in den Infrastrukturplan entscheidet die Regierung prinzipiell über die beantragte Finanzierung sowie über die eventuelle Finanzierung des Zuschusses. Die Regierung erteilt ihr Einverständnis zur beantragten Finanzierung in einer mit dem Antragsteller zu schließenden Vereinbarung, in der die Rahmenbedingungen für die Realisierung des Infrastrukturvorhabens festgelegt sind.

§ 3. Bei Infrastrukturvorhaben, die im Infrastrukturplan aufgenommen sind oder die aufgrund der Artikel 22 oder 23 des Dekretes genehmigt wurden, kann die Regierung in begründeten Fällen eine alternative Finanzierung oder eine andere Art der Finanzierung als ursprünglich beantragt zulassen.

Entwurf des Finanzierungsvertrags

Art. 4 - Den Angeboten für die Finanzierung ist der Entwurf eines Finanzierungsvertrags beizufügen. Dieser Entwurf ist der Regierung mit der in Artikel 21, § 3 des Dekretes vorgesehenen Abschrift der Angebotsauswertung zuzustellen.

Der Finanzierungsvertrag

Art. 5 - Dem Finanzierungsvertrag werden zwei getrennte Amortisierungstabellen beigelegt, wovon eine die zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehenden Zahlungen aufführt und die andere die des Projektträgers.

Der definitive Betrag der zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehenden Zahlungen wird ermittelt aufgrund des zugesagten maximalen Zuschussbetrags, der unter Berücksichtigung der in Artikel 3 des Dekretes enthaltenen Vorschriften berechnet wird.

Auszahlung des Zuschusses

Art. 6 - Der Zuschuss wird in Abweichung von Artikel 18 des Dekretes gemäß den im Finanzierungsvertrag festgelegten Modalitäten an den Antragsteller ausbezahlt.

KAPITEL III. — *Verfahren**Abschnitt 1* — Die Anmeldung von Infrastrukturvorhaben

Die Anmeldung

Art. 7 - Die Regierung ruft die Projektträger dazu auf, ihre Infrastrukturvorhaben anzumelden. In diesem Aufruf vermeldet sie die äußerste Frist innerhalb der die Anmeldung zu erfolgen hat, um im zu verabschiedenden Infrastrukturplan berücksichtigt werden zu können.

Nach Ablauf dieser Frist angemeldete Projekte werden im Hinblick auf die jährliche Aktualisierung oder auf zukünftige Mehrjahrespläne in den Registrierungskatalog eingetragen.

Im Hinblick auf die regelmäßige Aktualisierung des Registrierungskatalogs stellt die Regierung mindestens einmal je Semester die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen in bezug auf die angemeldeten Infrastrukturvorhaben fest.

Kostenschätzung

Art. 8 - Die in Artikel 19, § 1, 4° des Dekretes erwähnte Schätzung der Kosten umfasst neben den reinen Projektkosten auch eine Auflistung und Addierung aller anderen annehmbaren Ausgaben in bezug auf das Infrastrukturvorhaben, wie Ausgaben zur Vorbereitung des Projekts, Kosten für die Baustellenversicherung, die Zehnjahresgarantie sowie Honorare der Projektautoren und Sicherheitskoordinatoren..

Anschrift

Art. 9 - Die Anmeldung erfolgt an folgende Anschrift: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft B Infrastrukturdienst B Gospert 1-5 in Eupen.

Abschnitt 2 — Der Infrastrukturplan

Infrastrukturplan

Art. 10 - Die Regierung legt die Dauer des in Anwendung von Artikel 9 des Dekretes zu verabschiedenden Mehrjahresplanes fest.

Abschnitt 3 — Der Antrag auf Bezuschussung

Die Unterlagen

Art. 11 - Die in Artikel 21 des Dekretes erwähnten Unterlagen, sind dem Antrag auf Bezuschussung in zweifacher Ausfertigung beizufügen.

Nach dem 30. September eingereichte Anträge

Art. 12 - Anträge auf Bezuschussung, die nach dem 30. September des Jahres, in dem das betreffende Infrastrukturvorhaben im Infrastrukturplan berücksichtigt ist, eingereicht werden, werden im Hinblick auf die jährliche Aktualisierung oder auf zukünftige Mehrjahrespläne in den Registrierungskatalog eingetragen; das Infrastrukturvorhaben gilt weiterhin als angemeldet. Der Antrag auf Bezuschussung muss jedoch in dem Jahr neu eingereicht werden, in dem das Infrastrukturvorhaben erneut im Infrastrukturplan vorgesehen ist.

Vollständigkeit der Anträge

Art. 13 - Der Infrastrukturdienst teilt dem Antragsteller binnen vier Wochen nach Eingang des Antrags auf Bezuschussung mit, ob sein Antrag vollständig ist oder er fordert den Antragsteller dazu auf, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Die in Artikel 21 § 2 des Dekretes erwähnte Frist läuft ab dem Datum der Antragstellung, wenn binnen vier Wochen keine Aufforderung zur Vervollständigung an den Antragsteller erfolgt ist.

Wenn der Antragsteller dazu aufgefordert wurde, seinen Antrag zu vervollständigen läuft die in Artikel 21 § 2 des Dekretes erwähnte Frist ab Datum des Schreibens, das die Vollständigkeit des Antrags bestätigt.

KAPITEL IV — *Modalitäten für die Gewährung der Garantie der Gemeinschaft für Infrastrukturvorhaben**Abschnitt 1* — Die Garantie

Beantragung

Art. 14 - Die Garantie ist mit dem Antrag auf Bezuschussung zu beantragen.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- das in Artikel 15 des Dekretes erwähnte Gutachten eines anerkannten Revisors oder Buchhaltungsexperten;
- der Entwurf des Kreditvertrags, aus dem hervorgeht, dass die in Artikel 27 und 28 des Dekretes erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Gewährung der Garantie

Art. 15 - Die Regierung gewährt die Garantie mit der Zusage.

Abschnitt 2 — Die Anerkennung der Kreditanstalten

Bedingungen

Art. 16 - Um für die Vergabe von garantierten Krediten anerkannt zu werden müssen Kreditanstalten:

1. auf einer der in Anwendung der Artikel 13, 65 oder 66 des Gesetzes vom 22. März 1993 über das Statut und die Kontrolle der Krediteinrichtungen von der Bankkommission veröffentlichten Listen aufgeführt sein;
2. bei garantierten Krediten auf persönliche Bürgschaften und dingliche Garantien verzichten;
3. sich dazu verpflichten, garantierte Kredite mit derselben Vorsicht und gemäß denselben Kriterien zu vergeben, als läge keine Garantie vor;
4. sich dazu verpflichten, die Regierung unverzüglich über jeglichen Zahlungsverzug des Kreditnehmers zu informieren;
5. sich dazu verpflichten, vor Inanspruchnahme der Garantie und nach schriftlicher Mitteilung an die Regierung, eine Stillhaltefrist von 3 Monaten einzuhalten. Diese Frist wird auf begründeten Antrag der Regierung einmal verlängert.

Beantragung

- Art. 17** - Die Anerkennung ist mittels Vorlage folgender Dokumente bei der Regierung zu beantragen:
- ein Auszug aus der in Artikel 16, 1. dieses Erlasses erwähnten Liste oder deren Veröffentlichungsdatum;
 - ein unterzeichnetes Exemplar der in der Anlage zu vorliegendem Erlass vorgesehenen Verpflichtung.

Entzug

Art. 18 - Wenn eine der in Artikel 16 erwähnten Bedingungen nicht mehr erfüllt ist, wird die betroffene Kreditanstalt schriftlich dazu aufgefordert, die festgestellten Unregelmäßigkeiten innerhalb einer von Fall zu Fall zu bestimmenden Frist zu beheben. Kommt sie dieser Aufforderung nicht nach, wird die Anerkennung entzogen.

KAPITEL V — *Kulturzentren mit Regionalem Charakter*

Der regionale Auftrag

Art. 19 - Ein Kulturzentrum erfüllt einen regionalen Auftrag, wenn es sich möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Anbietern mit der Organisation von Veranstaltungen mit regionalem und überregionalem Charakter im Bereich der Kultur befasst und seine Aktivitäten sich mindestens über das Gebiet der vier nördlichen oder der fünf südlichen Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache erstrecken.

Die Anerkennung

Art. 20 - Im deutschen Sprachgebiet kann ein Kulturzentrum mit regionalem Charakter mit Sitz in Eupen und ein Kulturzentrum mit regionalem Charakter mit Sitz in Sankt Vith anerkannt werden.

Bei der Anerkennung als Kulturzentrum mit regionalem Charakter legt die Regierung die Immobilien fest, die zur Erfüllung des regionalen Auftrags dienen, und auf die die Anerkennung sich bezieht. Eine Ausdehnung auf andere Immobilien muss vom Träger des Kulturzentrums bei der Regierung beantragt werden.

Entzug der Anerkennung

Art. 21 - Wenn eine der Bedingungen, die der Erteilung der Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt ist, wird der Träger des Kulturzentrums schriftlich dazu aufgefordert, die festgestellten Unregelmäßigkeiten innerhalb einer von Fall zu Fall zu bestimmenden Frist zu beheben. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, wird die Anerkennung entzogen.

KAPITEL VI — *Die Rückerstattung von Prämien für Hotelbetriebe*

Raten

Art. 22 - Die in Artikel 37 des Dekretes erwähnten Prämien für Hotelbetriebe sind gemäß folgenden Modalitäten zurückzuerstatten:

- eine erste Rate in Höhe von 12,5% der gewährten Prämie erhöht um 2% des genehmigten Kapitals ist vor dem 31. Dezember des dritten Jahres nach der Auszahlung der Prämie beziehungsweise der letzten Rate der Prämie zurückzuzahlen;

- die zweite und folgenden Raten in Höhe von jeweils 12,5% der gewährten Prämie erhöht um 2% der Restschuld sind vor dem 31. Dezember der sieben nächsten Jahre zurück zu zahlen.

Die konkreten Rückzahlungsmodalitäten und -beträge werden in einer Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Prämienempfänger schriftlich festgehalten.

Abweichungen

Art. 23 - Auf Antrag des Begünstigten kann der für Tourismus zuständige Minister eine Verkürzung der Laufzeit der Ratenzahlungen oder die vorzeitige Rückzahlung der Prämie genehmigen.

Bei Entzug der Hotelgenehmigung oder bei Schließung des Hotelbetriebs ist die Prämie beziehungsweise der verbleibende Restbetrag erhöht um 2% des ausstehenden Kapitals unverzüglich zurückzuzahlen.

KAPITEL VII — *Schlussbestimmungen*

Inkrafttreten

Art. 24 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 22 und 23, die anwendbar sind auf die aufgrund des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Unterkünfte- und Hotelbetriebe ausbezahlten und noch nicht zurückgezahlten Prämien.

Ausführende Bestimmung

Art. 25 - Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport, der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus und der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales, sind jeder für seinen Bereich mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 4. Februar 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Minister-Präsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales
H. NIESSEN

Anlage zum Erlass der Regierung vom zur Ausführung
des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur

ERKLÄRUNG IM HINBLICK AUF DIE ANERKENNUNG FÜR DIE VERGABE VON KREDITEN,
FÜR DIE DIE GARANTIE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT GEWÄHRT WIRD

Die Kreditanstalt

.....
.....
.....

hier vertreten durch

verpflichtet sich im Rahmen der Vergabe von Krediten, für die die Garantie der Gemeinschaft aufgrund des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 gewährt wird:

1. auf persönliche Bürgschaften und dingliche Garantien in bezug auf die garantierten Kredite zu verzichten;
2. die garantierten Kredite mit derselben Vorsicht und gemäß denselben Kriterien zu vergeben, als läge keine Garantie vor;
3. die Regierung unverzüglich über jeglichen Zahlungsverzug des Kreditnehmers zu informieren;
4. vor Inanspruchnahme der Garantie und nach schriftlicher Mitteilung an die Regierung, eine Stillhaltefrist von 3 Monaten einzuhalten. Diese Frist wird auf begründeten Antrag der Regierung einmal verlängert.

Eupen, den

Gesehen, um dem Erlass vom zur Ausführung des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur beigelegt zu werden.

—————
TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2003 — 3722

[C — 2003/33060]

4 FEVRIER 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par le décret du 3 février 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 30 janvier 2003;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 14 janvier 2003;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, §1, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que, étant donné que le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2002, a été modifié par le décret-programme du 3 février 2003, que ces modifications concernent entre autres, avec effet rétroactif, les modalités de financement alternatif et plus particulièrement l'octroi de la garantie de la Communauté, que des demandes de financement alternatif et d'octroi de la garantie ont déjà été introduites pour des projets prévus au plan d'infrastructure pour l'année 2003, demandes auxquelles les dispositions décrétales modifiées sont applicables, l'adoption et la publication des dispositions portant exécution du décret relatif à l'infrastructure modifié ne souffrent aucun délai;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports, du Ministre de l'Enseignement et de la Formation,

de la Culture et du Tourisme et du Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Objet

Article 1^{er}. Le présent arrêté fixe les dispositions portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

- 1° décret : le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;
- 2° projet d'infrastructure : les projets d'infrastructure définis à l'article 2 du décret;
- 3° plan d'infrastructure : le plan d'infrastructure défini à l'article 8 du décret;
- 4° annonce : l'annonce de projets d'infrastructure visée à l'article 19 du décret;
- 5° demande de subsides : la demande visée aux articles 21 ou 24 du décret;
- 6° promesse : la promesse pour un montant maximal de subventionnement, visée aux articles 21, § 2, ou 24, § 2, du décret;
- 7° garantie : la garantie de la Communauté pour des projets d'infrastructure, visée à l'article 27 du décret.

CHAPITRE II. — *Modalités pour le subventionnement pour des projets financés autrement*

Demande

Art. 3. § 1 - L'accord du Gouvernement quant au financement alternatif, visé à l'article 3 du décret, doit être demandé parallèlement à l'annonce du projet d'infrastructure.

Les grandes lignes du plan de financement, visées à l'article 19, § 1^{er}, 6°, du décret contiennent dans ce cas la justification du mode de financement choisi, des informations sur la nature du financement prévu, ses coûts prévisionnels et sa durée, ainsi que sur la sécurisation de son remboursement.

§ 2 - Lors de l'inscription dans le plan d'infrastructure, le Gouvernement prend une décision de principe quant au financement demandé et au financement éventuel du subsidé. Le Gouvernement marque son accord quant au financement demandé en concluant avec le demandeur un contrat dans lequel sont consignées les conditions-cadres pour la réalisation du projet d'infrastructure.

§ 3 - Pour des projets d'infrastructure repris au plan d'infrastructure ou approuvés conformément aux articles 22 ou 23 du décret, le Gouvernement peut, dans des cas dûment justifiés, autoriser un financement alternatif ou un autre mode de financement que celui demandé initialement.

Projet de contrat de financement

Art. 4. Il y a lieu de joindre aux offres de financement un projet de contrat de financement. Ce projet doit être notifié au Gouvernement avec la copie de la réévaluation des offres, prévue à l'article 21, § 3, du décret.

Contrat de financement

Art. 5. Deux tableaux d'amortissement distincts sont joints au contrat de financement, l'un reprenant les paiements à charge de la Communauté germanophone, l'autre ceux à charge du porteur de projet.

Le montant définitif des paiements à charge de la Communauté germanophone est déterminé sur la base du subsidé maximal promis, calculé en respectant le prescrit de l'article 3 du décret.

Liquidation du subsidé

Art. 6. Par dérogation à l'article 18 du décret, le subsidé est liquidé au demandeur conformément aux modalités fixées dans le contrat de financement.

CHAPITRE III. — *Procédure**Section 1^{re}.* — Annonce de projets d'infrastructure

Annonce

Art. 7. Le Gouvernement invite les porteurs de projets à annoncer leurs projets d'infrastructure. Dans cet appel, il indique le délai ultime d'annonce des projets pour que ceux-ci puissent être inscrits dans le plan d'infrastructure à adopter.

Les projets annoncés après l'expiration de ce délai sont inscrits dans le catalogue d'enregistrement en vue de l'actualisation annuelle ou des futurs plans pluriannuels.

En vue de l'actualisation régulière du catalogue d'enregistrement, le Gouvernement détermine au moins une fois par semestre quels projets d'infrastructure annoncés ont un dossier complet.

Evaluation des coûts

Art. 8. L'évaluation des coûts visée à l'article 19, § 1^{er}, 4°, du décret comprend, outre les coûts du projet proprement dits, une liste et l'addition de toutes les autres dépenses acceptables relatives au projet d'infrastructure, telles que les dépenses encourues pour la préparation du projet, les frais de l'assurance-chantier, la garantie décennale ainsi que les honoraires des auteurs du projet et coordinateurs de sécurité.

Adresse

Art. 9. Les projets sont annoncés à l'adresse suivante :

« Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Infrastrukturdienst

Gospert 1-5

Eupen »

Section 2. — Plan d'infrastructure

Plan d'infrastructure

Art. 10. Le Gouvernement détermine la durée du plan pluriannuel à adopter conformément à l'article 9 du décret.

Section 3. — Demande de subsidés

Documents

Art. 11. Les documents mentionnés à l'article 21 du décret doivent être joints, en double exemplaire, à la demande de subsidés.

Demandes introduites après le 30 septembre

Art. 12. Les demandes de subsidés introduites après le 30 septembre de l'année où le projet d'infrastructure concerné a été inscrit dans le plan d'infrastructure sont inscrites dans le catalogue d'enregistrement en vue de l'actualisation annuelle ou des futurs plans pluriannuels; le projet d'infrastructure continue d'être considéré comme « annoncé ». La demande de subsidés doit cependant être renouvelée au cours de l'année où le projet d'infrastructure est à nouveau prévu dans le plan d'infrastructure.

Dossiers de demande complets ou non

Art. 13. Dans les quatre semaines suivant la réception de la demande de subsides, le « service infrastructure » communique au demandeur si son dossier est complet ou non et l'invite à fournir les documents manquants.

Le délai mentionné à l'article 21, § 2, du décret, court à partir de la date de la demande lorsqu'aucune invitation à compléter celle-ci n'a été adressée au demandeur dans les quatre semaines.

Lorsque le demandeur a été invité à compléter sa demande, le délai mentionné à l'article 21, § 2, du décret, court à partir de la date de la lettre confirmant que le dossier est complet.

CHAPITRE IV. — *Modalités quant à l'octroi de la garantie de la Communauté germanophone*Section 1^{re}. — Garantie

Demande de garantie

Art. 14. La garantie doit être demandée en même temps que le subside.

Les documents suivants doivent être joints à la demande :

- l'avis d'un réviseur ou expert comptable agréé, visé à l'article 15 du décret;
- le projet de contrat de crédit, dont il ressort que les conditions mentionnées aux articles 27 et 28 du décret sont remplies.

Octroi de la garantie

Art. 15. Le Gouvernement octroie la garantie avec la promesse de subside.

Section 2. — Reconnaissance des établissements de crédit

Conditions

Art. 16. Afin d'être reconnus pour accorder des crédits garantis, les établissements de crédit doivent :

1° figurer sur une des listes publiées par la Commission bancaire en application des articles 13, 65 ou 66 de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit;

2° renoncer à des cautions personnelles et garanties réelles lors de crédits garantis;

3° s'engager à accorder des crédits garantis avec la même prudence et selon les mêmes critères que s'il n'y avait pas de garantie;

4° s'engager à informer sans délai le Gouvernement de tout retard de paiement de la part de l'emprunteur;

5° s'engager à respecter un moratoire de trois mois avant la sollicitation de la garantie et après la communication écrite au Gouvernement. Ce délai est prolongé une fois sur demande motivée du Gouvernement.

Demande

Art. 17. La reconnaissance doit être demandée au Gouvernement en présentant les documents suivants :

- un extrait de la liste mentionnée à l'article 16, 1° de cet arrêté ou sa date de publication;
- un exemplaire signé de l'engagement figurant en annexe au présent arrêté.

Retrait

Art. 18. Lorsque les conditions mentionnées à l'article 16 ne sont plus remplies, l'établissement de crédit concerné est invité par écrit à remédier aux irrégularités constatées dans le délai imparti au cas par cas. S'il ne le fait pas, la reconnaissance est retirée.

CHAPITRE V. — *Centres culturels à caractère régional*

Mission régionale

Art. 19. Un centre culturel remplit une mission régionale lorsqu'il s'occupe, autant que possible en coopération avec d'autres organismes, de l'organisation de manifestations à caractère régional ou supra-régional dans le domaine culturel et que ses activités s'étendent au moins aux quatre communes du nord ou aux cinq communes du sud de la région de langue allemande.

Reconnaissance

Art. 20. En région de langue allemande, un centre culturel à caractère régional ayant son siège à Eupen et un autre ayant son siège à Saint-Vith peuvent être reconnus.

Lors de la reconnaissance comme centre culturel à caractère régional, le Gouvernement détermine quels biens immeubles servent à remplir la mission régionale et sont concernés par la reconnaissance. Un élargissement à d'autres biens immeubles doit être demandé au Gouvernement par le pouvoir organisateur du centre culturel.

Retrait de la reconnaissance

Art. 21. Lorsqu'une des conditions mise à l'octroi de la reconnaissance n'est plus remplie, le pouvoir organisateur du centre culturel est invité par écrit à remédier aux irrégularités constatées dans le délai imparti au cas par cas. S'il ne le fait pas, la reconnaissance est retirée.

CHAPITRE VI. — *Remboursement de primes pour établissements hôteliers*

Tranches

Art. 22. Les primes pour établissements hôteliers, mentionnées à l'article 37 du décret, doivent être remboursées selon les modalités suivantes :

— une première tranche correspondant à 12,5 % de la prime octroyée, majorée de 2 % du capital autorisé, doit être remboursée avant le 31 décembre de la troisième année suivant la liquidation de la prime ou de la dernière tranche de la prime;

— la deuxième tranche et les suivantes, correspondant chacune à 12,5 % de la prime octroyée, majorée de 2 % du solde restant dû, doivent être remboursées avant le 31 décembre des sept années suivantes.

Les modalités concrètes de remboursement ainsi que les montants sont consignés par écrit dans une convention conclue entre le Gouvernement et le bénéficiaire de la prime.

Dérogations

Art. 23. À la demande du bénéficiaire, le Ministre compétent en matière de Tourisme peut autoriser un raccourcissement du terme des tranches ou le remboursement anticipé de la prime.

En cas de retrait de l'autorisation hôtelière ou de fermeture de l'établissement, la prime ou le solde, majorés de 2% du capital restant dû, doivent être remboursés immédiatement

CHAPITRE VII. — Dispositions finales

Entrée en vigueur

Art. 24. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa signature, à l'exception des articles 22 et 23, applicables aux primes payées conformément au décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers et non encore remboursés.

Exécution

Art. 25. Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports, le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme et le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 4 février 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 4 février 2003
portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure

DECLARATION EN VUE DE LA RECONNAISSANCE POUR L'OCTROI DE CREDITS
POUR LESQUELS LA GARANTIE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE EST ACCORDEE
L'établissement de crédit

ici représenté par
s'engage, dans le cadre de l'octroi de crédits pour lesquels la garantie de la Communauté germanophone est accordée en vertu du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, à :

- 1° renoncer à des cautions personnelles et garanties réelles lors de crédits garantis;
- 2° accorder les crédits garantis avec la même prudence et selon les mêmes critères que s'il n'y avait pas de garantie;
- 3° à informer sans délai le Gouvernement de tout retard de paiement de la part de l'emprunteur;
- 4° à respecter un moratoire de trois mois avant la sollicitation de la garantie et après la communication écrite au Gouvernement. Ce délai est prolongé une fois sur demande motivée du Gouvernement.

Eupen, le

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 4 février 2003 portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 3722

[C — 2003/33060]

4 FEBRUARI 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij het decreet van 3 februari 2003;
Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 30 januari 2003;
Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 14 januari 2003;
Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;
Gelet op de dringende noodzakelijkheid;
Overwegende dat het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, geldend sinds 1 januari 2002, bij het programmadecreet van 3 februari 2003 gewijzigd werd; dat deze wijzigingen, met terugwerkende kracht, o.a. de modaliteiten van de alternatieve financiering en in het bijzonder de verlening van de garantie van de Gemeenschap

betreffen; dat aanvragen om alternatieve financiering en om verlening van de garantie reeds ingediend werden m.b.t. projecten die voor het jaar 2003 in het infrastructuurplan opgenomen zijn, aanvragen waarop deze nieuwe decretale bepalingen toepasselijk zijn, zodat de aanneming en de bekendmaking van de bepalingen tot uitvoering van het gewijzigde decreet betreffende de infrastructuur geen uitstel lijden;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport, van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme en van de Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Doelstelling

Artikel 1. Dit besluit legt de bepalingen tot uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur vast.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit dient te worden verstaan onder :

- 1° decreet : het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;
- 2° infrastructuurproject : de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2 van het decreet;
- 3° infrastructuurplan : het infrastructuurplan bedoeld in artikel 8 van het decreet;
- 4° aanmelding : de aanmelding van infrastructuurprojecten, bedoeld in artikel 19 van het decreet;
- 5° subsidiëringaanvraag : de subsidiëringaanvraag bedoeld in de artikelen 21 of 24 van het decreet;
- 6° belofte : de belofte voor een maximale toelage, bedoeld in de artikelen 21, § 2 of 24, § 2, van het decreet;
- 7° garantie : garantie van de Gemeenschap voor infrastructuurprojecten, bedoeld in artikel 27 van het decreet.

HOOFDSTUK II. — *Modaliteiten voor de subsidiëring van op alternatieve wijze gefinancierde projecten*

Aanvraag

Art. 3.

§ 1 - Het akkoord van de Regering m.b.t. een alternatieve financiering, bedoeld in artikel 3 van het decreet, moet met de aanmelding van het infrastructuurproject aangevraagd worden.

De grote lijnen van het financieel plan, bedoeld in artikel 19, § 1, 6°, van het decreet, omvatten in dit geval de rechtvaardiging van de gekozen financieringswijze, inlichtingen over de aard van de geplande financiering, de vooropgestelde kosten en de duur ervan, alsmede over de zekerheid van de terugbetaling.

§ 2 - Bij de opnemings in het infrastructuurplan neemt de Regering een principiële beslissing over de aangevraagde financiering alsmede over de eventuele financiering van de toelage. De Regering geeft haar toestemming m.b.t. de financiering door een overeenkomst, waarin de kaderbepalingen voor de uitvoering van het infrastructuurproject vastgelegd worden, met de aanvrager af te sluiten.

§ 3 - Voor infrastructuurprojecten opgenomen in het infrastructuurplan of goedgekeurd krachtens de artikelen 22 of 23 van het decreet, kan de Regering in gerechtvaardigde gevallen een alternatieve financiering of een andere financieringswijze dan de oorspronkelijke toelaten.

Ontwerp-financieringsovereenkomst

Art. 4. De ontwerp-financieringsovereenkomst moet bij de offertes qua financiering gevoegd worden. Dit ontwerp moet de Regering met de in artikel 21, § 3, van het decreet bedoelde afschrift van de herwaardering van de offertes betekend worden.

Financieringsovereenkomst

Art. 5. Bij de financieringsovereenkomst worden twee gescheiden afschrijvingstabellen gevoegd; één met de betalingen ten laste van de Duitstalige Gemeenschap, de andere met die ten laste van de projectdrager.

Het definitieve bedrag van de betalingen ten laste van de Duitstalige Gemeenschap wordt bepaald op grond van de beloofde maximale toelage, berekend met eerbiediging van de voorschriften van artikel 3 van het decreet.

Uitbetaling van de toelage

Art. 6. In afwijking van artikel 18 van het decreet wordt de toelage aan de aanvrager uitbetaald overeenkomstig de modaliteiten vastgelegd in de financieringsovereenkomst.

HOOFDSTUK III. — *Procedure*

Afdeling 1. — Aanmelding van de infrastructuurprojecten

Aanmelding

Art. 7. De Regering verzoekt er de projectdragers om, hun infrastructuurprojecten aan te melden. In de oproep vermeldt ze de uiterste termijn waarin de aanmelding moet plaatsvinden opdat het project kan worden opgenomen in het infrastructuurplan dat moet worden goedgekeurd.

De projecten aangemeld na afloop van deze termijn worden in een registratieboek ingeschreven met het oog op de jaarlijkse actualisering of op de toekomstige meerjarenplannen.

Met het oog op de regelmatige actualisering van het registratieboek stelt de Regering ten minste één keer per semester vast of de ingediende dossiers m.b.t. de aangemelde infrastructuurprojecten al dan niet volledig zijn.

Kostenraming

Art. 8. De kostenraming bedoeld in artikel 19, § 1, 4°, van het decreet omvat naast de eigenlijke kosten van het project, een lijst en een optelling van alle andere aanneembare uitgaven betreffende het infrastructuurproject, zoals de uitgaven voor de voorbereiding van het project, de kosten van de werfverzekering, de tienjarige garantie alsmede het ereloon van de projectbesteders en veiligheidscoördinatoren.

Adres

Art. 9. De projecten worden aan het volgende adres aangemeld :

« Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft
 Infrastructurdienst
 Gospert 1-5
 Eupen »

Afdeling 2. — Infrastructuurplan

Infrastructuurplan

Art. 10. De Regering bepaalt de duur van het meerjarenplan dat overeenkomstig artikel 9 van het decreet moet worden aangenomen.

Afdeling 3 - Subsidiëringsaanvraag

Documenten

Art. 11. De documenten vermeld in artikel 21 van het decreet moeten in twee exemplaren bij de subsidiëringsaanvraag gevoegd worden.

Na 30 september ingediende aanvragen

Art. 12. De subsidiëringsaanvragen die ingediend worden na 30 september van het jaar waar het betrokken infrastructuurproject in het infrastructuurplan opgenomen is, worden in het registratieboek ingeschreven met het oog op de jaarlijkse actualisering of de toekomstige meerjarenplannen; het infrastructuurproject geldt verder als « aangemeld ». De subsidiëringsaanvraag moet echter hernieuwd worden in de loop van het jaar waar het infrastructuurproject opnieuw in het infrastructuurplan wordt opgenomen.

Nazicht op de volledigheid van de dossiers

Art. 13. Binnen de vier weken na de ontvangst van de subsidiëringsaanvraag deelt de « Dienst infrastructuur » aan de aanvrager mede of zijn dossier al dan niet volledig is en verzoekt hem erom de gebrekkige documenten te leveren.

De termijn vermeld in artikel 21, § 2, van het decreet, loopt vanaf de datum van de aanvraag als de aanvrager binnen de vier weken niet erom verzocht wordt deze volledig te maken.

Wordt de aanvrager erom verzocht zijn aanvraag volledig te maken, dan loopt de termijn vermeld in artikel 21, § 2, van het decreet vanaf de datum van de brief waarmee bevestigd wordt dat het dossier volledig is.

HOOFDSTUK IV. — *Modaliteiten qua verlening van de garantie van de Duitstalige Gemeenschap**Afdeling 1. — Garantie*

Aanvraag

Art. 14. De garantie wordt samen met de toelage aangevraagd.

Volgende documenten moeten bij de aanvraag worden gevoegd :

- het advies van een erkende revisor of accountant, bedoeld in artikel 15 van het decreet;
- het project van kredietovereenkomst, waaruit blijkt dat voldaan wordt aan de voorwaarden vermeld in de artikelen 27 en 28 van het decreet.

Verlening

Art. 15. De Regering verleent de garantie samen met de subsidiebelofte.

Afdeling 2. — Erkenning van de kredietinstellingen

Voorwaarden

Art. 16. Om voor de toekenning van gegarandeerde leningen erkend te worden, moeten de kredietinstellingen :

- 1° op één van de lijsten opgenomen worden die met toepassing van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen door de Bankcommissie worden bekendgemaakt;
- 2° afzien van persoonlijke borgen en zakelijke waarborgen bij gegarandeerde leningen;
- 3° zich ertoe verplichten, gegarandeerde leningen met hetzelfde voorzicht en volgens dezelfde criteria als zonder garantie;
- 4° zich ertoe verplichten, de Regering zonder uitstel te informeren over elke achterstal van betaling zijdens de lener;
- 5° zich ertoe verplichten, een driemaandenlang uitstel van terugbetaling in acht te nemen vóór de aanspraak op de garantie en na de schriftelijke mededeling aan de Regering. Deze termijn wordt op met redenen omkleed verzoek van de Regering één keer verlengd.

Aanvraag

Art. 17. De erkenning wordt aan de Regering gevraagd door volgende documenten voor te leggen :

- een uittreksel uit de lijst vermeld in artikel 16, 1°, van dit besluit of de datum van de bekendmaking ervan;
- een ondertekend exemplaar van de verbintenis opgenomen als bijlage bij dit besluit.

Intrekking

Art. 18. Worden de in artikel 16 vermelde voorwaarden niet meer vervuld, dan wordt de betrokken kredietinstelling schriftelijk erom verzocht, binnen de naargelang het geval bepaalde termijn de vastgestelde onregelmatigheden te verhelpen. Zo niet wordt de erkenning ingetrokken.

HOOFDSTUK V. — *Cultuurcentra met regionale opdracht*

Regionale opdracht

Art. 19. Een cultuurcentrum vervult een regionale opdracht als het, voor zover mogelijk in samenwerking met andere organismen, zich bezighoudt met de organisatie van culturele uitvoeringen met een regionaal of supra-regionaal karakter en als zijn activiteiten ten minste zicht uitstrekken tot de vier noordelijke of de vijf zuidelijke gemeenten van het Duitse taalgebied.

Erkenning

Art. 20. In het Duitse taalgebied kunnen één cultuurcentrum met regionaal karakter gevestigd in Eupen en één cultuurcentrum met regionaal karakter gevestigd in Sankt-Vith worden erkend.

Bij de erkenning als cultuurcentrum met regionaal karakter bepaalt de Regering welke onroerende goederen tot de regionale opdracht dienen en door de erkenning betrokken zijn. Een uitbreiding tot andere onroerende goederen moet door de inrichtende macht van het cultuurcentrum bij de Regering worden aangevraagd.

Intrekking van de erkenning

Art. 21. Wordt er aan één der voorwaarden opgelegd voor de erkenning niet meer voldaan, wordt de inrichtende macht van het cultuurcentrum schriftelijk erom verzocht, binnen de naargelang het geval bepaalde termijn de vastgestelde onregelmatigheden te verhelpen. Zo niet wordt de erkenning ingetrokken.

HOOFDSTUK VI. — *Terugbetaling van premies voor hotelinrichtingen*

Schijven

Art. 22. De in artikel 37 van het decreet vermelde premies voor hotelinrichtingen moeten volgens de navolgende modaliteiten worden terugbetaald :

— een eerste schijf ten belope van 12,5 % van de toegekende premie, verhoogd met 2 % van het toegestaan kapitaal, moet vóór 31 december van het derde jaar na de uitbetaling van de premie of van de laatste schijf ervan worden terugbetaald;

— de tweede schijf en de volgende, telkens ten belope van 12,5 % van de toegekende premie, verhoogd met 2 % van het verschuldigd blijvend saldo, moeten vóór 31 december van de zeven volgende jaren worden terugbetaald.

De concrete terugbetalingsmodaliteiten alsmede de bedragen worden schriftelijk vastgesteld in een overeenkomst gesloten tussen de Regering en de premieontvanger.

Afwijkingen

Art. 23. Op verzoek van de premieontvanger kan de Minister bevoegd inzake Toerisme een verkorting van de schijventermijnen of de vervroegde terugbetaling van de premie toelaten.

Bij intrekking van de hotelvergunning of bij sluiting van de inrichting moeten de premie of het saldo, verhoogd met 2% van het verschuldigd blijvend kapitaal, onmiddellijk worden terugbetaald.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen*

Inwerkingtreding

Art. 24. Voorliggend besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt ondertekend, met uitzondering van de artikelen 22 en 23 die van toepassing zijn op de premies die overeenkomstig het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstrekkende inrichtingen en hotelinrichtingen uitbetaald werden en nog niet terugbetaald zijn.

Uitvoering

Art. 25. De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport, de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme en de Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden worden, ieder wat hem betreft, met de uitvoering van dit besluit belast.

Eupen, 4 februari 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg,
Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. NIESSEN

Bijlage bij het besluit van de Regering van 4 februari 2003 tot uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

VERKLARING MET HET OOG OP DE ERKENNING VOOR HET TOEKENNEN VAN LENINGEN
WAARVOOR DE GARANTIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VERLEEND WORDT

De kredietinstelling

.....
.....

hier vertegenwoordigd door

verplicht er zich toe :

1° af te zien van persoonlijke borgens en zakelijke waarborgen bij gegarandeerde leningen;

3° gegarandeerde leningen met hetzelfde voorzicht en volgens dezelfde criteria als zonder garantie;

4° de Regering zonder uitstel te informeren over elke achterstal van betaling zijdens de lener;

5° een driemaandenlang uitstel van terugbetaling in acht te nemen vóór de aanspraak op de garantie en na de schriftelijke mededeling aan de Regering. Deze termijn wordt op met redenen omkleed verzoek van de Regering één keer verlengd.

Eupen,

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 4 februari 2003 tot uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 3723

[C — 2003/33070]

15. MAI 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Mai 1997, 29. Juni 1998 und 14. Februar 2000 (I), 14. Februar 2000 (II), 23. Oktober 2000 und 25. Juni 2001;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes, insbesondere der Artikel 4 und 22;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 27. Oktober 1978 zur Festlegung der Genehmigungsbedingungen der Lehrverträge und Lehrabkommen in der Ständigen Weiterbildung des Mittelstandes, abgeändert durch die Erlasse vom 20. November 1987, 7. Juni 1989, 26. März 1993, 10. November 1993, 25. Juni 1994, 10. November 1994, 29. Dezember 1995, 18. Juli 1997, 20. März 1998, 8. November 2000, 11. Juli 2002 und 4. September 2002;

Aufgrund des Gutachtens des IAWM- Verwaltungsrates vom 3. Juli 2002;

Aufgrund des Gutachtens der Teilzeitschulpflichtkommission vom 24. Februar 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz von 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass die Einführung neuer Lehrprogramme zum 1. Juli 2003 zusätzliche Anforderungen an die Zulassungsbedingungen zu den Jahres- und Endprüfungen stellt, müssen die für die Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes zuständigen Instanzen sowie potentiell interessierte Lehrlinge aus Gründen der Rechtssicherheit ohne zeitliche Verzögerung über diese zusätzlichen Anforderungen informiert werden;

Auf Vorschlag des Ministers zuständig für die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 4 des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt :

«§ 4. In gewissen Berufen und auf begründetes Gutachten des Institutes hin kann der Minister die Einschreibebedingungen zu den Prüfungen B, I oder C abändern oder ergänzen».

Art. 2 - In Artikel 22 des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes wird ein Punkt 3. mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«In gewissen Berufen und auf begründetes Gutachten des Institutes hin kann der Minister Mindestanforderungen für die Teilnahme an der Jahresbewertung vorsehen».

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2003 in Kraft.

Art. 4 - Der Minister zuständig für die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 15. Mai 2003.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,

B. GENTGES